

Dresdener Volkszeitung

Postbedienstete: Dresden
Kaden & Comp., Nr. 1238

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstelle: Ed. St. St. Dresden,
Bank der Arbeiter, Anzeigebüro
und Beamten, L.-G., Dresden,
Gebrüder Krenbold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen im Inhaber der Zeitung, ist es durch eine schriftliche Erklärung, bei der Redaktion der Dresdener Volkszeitung, seinen Ansprüchen auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abdruckpreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Arten, Wissen, Leben“, einschließlich des monatlichen 1.96 M., einschließlich 46 M. Umsatzsteuer, einschließlich 1.96 M. Umsatzsteuer, einschließlich 46 M. Umsatzsteuer, einschließlich 1.96 M. Umsatzsteuer, einschließlich 46 M. Umsatzsteuer.

Abdruckpreis: 1.96 M. monatlich, einschließlich 46 M. Umsatzsteuer, einschließlich 1.96 M. Umsatzsteuer, einschließlich 46 M. Umsatzsteuer, einschließlich 1.96 M. Umsatzsteuer, einschließlich 46 M. Umsatzsteuer.

Abdruckpreis: 1.96 M. monatlich, einschließlich 46 M. Umsatzsteuer, einschließlich 1.96 M. Umsatzsteuer, einschließlich 46 M. Umsatzsteuer, einschließlich 1.96 M. Umsatzsteuer, einschließlich 46 M. Umsatzsteuer.

Nr. 202

Dresden, Montag, den 31. August 1931

42. Jahrgang

Sozialreaktion an der Arbeit

Beseitigung des Tarifschubes?

Das Drängen der Scharfmacher - Gefährliche Sanierungspläne der Reichsregierung

Der Vorwärts veröffentlicht ein Teil eines Rundschreibens des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 30. August, in dem zum Teil der Inhalt der Denkschrift wiedergegeben wird, den der Reichsverband der Deutschen Industrie der Reichsregierung übergeben hat. In diesem Rundschreiben wird u. a. gesagt, daß die vom Reichsverband gewünschte positive Zusammenarbeit von Industrie und Regierung nur dann mit Erfolg durchgeführt werden kann, wenn die notwendigen Maßnahmen auf den Gebieten der Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik so schnell und umfänglich durchgeführt werden, daß eine weitere Verschärfung der gegenwärtigen Lage abgemindert werde. Im Mittelpunkt für Deutschlands notwendigen Selbsthilfeprogramm müsse die organische Umgestaltung der Selbstkosten im Sinne einer möglichst weitgehenden Senkung der Selbstkosten stehen.

Wie sich die Herren vom Reichsverband der Deutschen Industrie diese „Herabsetzung der Selbstkosten“ denken, ist ja bekannt, sie wollen, das geht auch aus dem Rundschreiben hervor, weniger Steuern zahlen, Löhne und Gehälter herabsetzen und von sozialen Lasten befreit sein. Die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen soll beseitigt werden, angeblich, damit die Wirtschaft mehr Aufträge bekommt. Aus den Erfahrungen, die man in diesem Jahre auf dem Gebiete der Landwirtschaft machen mußte, haben die Herren vom Reichsverband der Deutschen Industrie nichts gelernt. Schließlich wird die Behauptung zum soundsovielten Male wiederholt, daß nicht die Privatwirtschaft versagt habe, sondern ein System gescheitert sei, das mit politischem Zwang die Privatwirtschaft künstlich ihrer Entfaltungsbasis beraubt habe. Darüber, wie es kommt, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo es das am wenigsten gefährliche System des politischen Zwanges nicht gibt, auch die schlimmste Krise herrscht, zerbrechen sich die Leute vom Reichsverband der Deutschen Industrie nicht den Kopf.

Leider ist zu befürchten, daß das Drängen der Reichsverbandleute nicht ohne Wirkung bleibt. Wie in der Presse gemeldet wird, wird sich demnächst die Reichsregierung mit dem zweiten Teil ihres „Sanierungsprogramms“ beschäftigen, und dabei soll es sich angeblich um die Lockerung des Kartellwesens und des Lohnkartellwesens handeln. Ein stärkeres Vorgehen gegen die Preispolitik der Kartelle wäre freilich schon längst am Platze gewesen. Aber es ist zu fürchten, daß die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung vor allen Dingen einen neuen Druck auf die Löhne und eine Beseitigung des geringen Schubes zur Folge haben werden, den heute die Tarife den Arbeitern und den Angestellten noch gewähren. Die Löhne und Gehälter sind wahrlich schon genug heruntergedrückt, und aus den Erfahrungen, die man bisher mit der Lohn- und Gehaltsenkung machte, müßten die Reichsregierung und sogar auch die Herren vom Reichsverband der Deutschen Industrie schon manches gelernt haben. Trotz dem so reichlich vorgenommenen „Abbau der Selbstkosten“ ist von einer Milderung der Krise nichts zu spüren, sondern im Gegenteil, die Verhältnisse haben sich, wie das von den Vertretern der Arbeiterschaft vorausgesagt wurde, noch verschlimmert. Wie sollte es auch anders sein, wenn man die Kaufkraft der Massen aufs äußerste einschränkt. Gibt es doch heute kaum noch viel Arbeiter und Angestellte, die imstande sind, sich auch nur die notwendigsten Vorräte zu kaufen. Auf eine Senkung der Preise im notwendigen Ausmaß wartet aber das deutsche Volk vergeblich, und Herr Schiele bemüht sich im Schweiße seines Angesichts, zu verhindern, daß das deutsche Volk von dem Sinken der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel etwas zu spüren bekommt.

Bei der Verantwortung unserer sogenannten Wirtschaftsführer und der Kurzsichtigkeit der Reichsregierung kann man den geplanten „Sanierungsmaßnahmen“ nur mit den größten Vorurteilen entgegensehen. Man muß befürchten, daß diese Maßnahmen nur dazu beitragen, daß es mit der deutschen Wirtschaft noch mehr bergab geht und die Beseitigung der Massen noch größer wird.

Der kleine Bürgerkrieg

Arbeiter gegen Arbeiter

... Und das Traurigste an dieser Liste: immer wieder Arbeiter gegen Arbeiter. Verirrte Proletarier schlagen im Dienste der kapitalistischen Reaktion andere Proletarier den Schädel ein ... (Aus einer Aufschrift an die Dresdener Volkszeitung.)

Wir veröffentlichten am Donnerstag voriger Woche eine Liste Nazi-Blutaten. Das hat uns einige Zuschriften eingebracht. Das obige Zitat entstammt der nachdenklichsten dieser Einsendungen und berührt wohl den traurigsten Punkt dieser Schmachten: verirrte Arbeiter, von den Demagogen des „Dritten Reiches“ genasführt, oder Kommunisten, von Diktator- und Terrorparolen berauscht, fallen über andere denkende Arbeiter her. Diese Saalkämpfe, Straßenüberfälle, sinnlosen Schießereien: immer wieder Gassenkampf gegen Sowjetkern, Nazis gegen Nazis, Nazis gegen Stahlhelm gegen Reichsbannerleute — und fast immer Arbeiter gegen Arbeiter. Spätere Chronisten werden die gegenwärtige deutsche Periode wahrlich nicht überschreiben: Der kleine Bürgerkrieg. Nur richtet sich dieser Kleinrieg nicht gegen die Besitzenden, es kämpft hier nicht Klasse gegen Klasse, sondern Proletarier stehen mehr oder weniger bewaffnet gegeneinander.

Auch im Bürgertum gibt es politische Gegensätze: bürgerliche Anhänger der Demokratie stehen gegen bürgerliche Diktatur, Republikaner gegen Monarchisten, Friedensfreunde gegen Militaristen und Kriegshetze, Fortschrittler gegen Konservative und Scharfmacherische Gruppen. Aber die Schüssel schlagen sie sich nicht ein. Das bedrängen einander nur die untersten Schichten, und in entscheidenden materiellen Fragen, da, wo ihre Lebensinteressen bedroht sind, finden sich die Bürgerlichen rasch zum Kompromiß, zur gemeinsamen Abwehr gegen die Forderungen der Besitzlosen. In diesem Punkt — das muß ausgesprochen werden — zeigen die Besitzenden einfach mehr politische Reife als das Proletariat. Und deshalb hält dieses längst unerschütterlich und ziellos gewordene Bürgertum noch immer die politische und wirtschaftliche Macht in den Händen.

Hier hören wir die Thälmann-Trabanten hüben, die Nazi-Demagogen drüben schreien: Die SPD ist schuld, die Demokratie ist schuld, eure Taktik ist faul, nur die Diktatur kann uns retten — und was sonst noch drauflosgebrüllt wird. Aber das brüllt an der Sache, auf die es ankommt, vorbei, denn auch unter den bürgerlichen Parteien herrschen starke politische Meinungsgegensätze, in den Punkten jedoch, die bürgerlich-kapitalistische Lebensinteressen unmittelbar betreffen, stimmen sie rasch überein. Es geht hier darum, daß in proletarischen Lebensfragen — wie Lohnpolitik, Sozialgesetzgebung, Arbeiterrecht usw. — sich die Arbeiter aller Richtungen wenigstens gelegentlich, wenigstens von Fall zu Fall zusammenfinden müßten, daß die links- und die rechtsradikalen Arbeiter erkennen müßten, wie schimpflich es für die Arbeiterklasse ist, sich wegen politischer Meinungsverschiedenheiten zu Ruß und Frommen der kapitalistischen Reaktion mit Knüttel und Dolch zu zerfleischen.

Wir reden hier nicht von den Rowdys, von den Rohlingen oder blutrünstigen Spsterikern, die sich naturgemäß dorthin gezogen fühlen, wo es etwas zu „rollen“ gibt, wo Bürgerkrieg im kleinen gespielt wird; wir reden von den politisch interessierten Arbeitern, die ernsthaft eine bessere Zukunft erstreben, und von dieser besseren Art marschieren ja wohl auch einige Haufen hinter dem Sowjetstern wie hinter dem Gassenkreuz. Was denken die sich eigentlich bei den Ueberfällen und Bürgerkriegsspielerien ihrer „Kollommandos“? Was denken die sich bei dem blutrünstigen rechts- und linksradikalen Rachegehetz gegen das sozialdemokratische Arbeiterlager?

Denen ganz links ist die Sozialdemokratie zu gemäßigt, nicht genügend „revolutionär“ und das, was sie darunter ver-

jede Revision der deutschen Ostgrenzen be-
seitigen will.

Aur ein Abkommen zu Dreien?

Paris, 29. August. (Fig. Draht.) Der Temps, der sich am Sonnabend mit den russisch-französischen Vorkriegsverhandlungen beschäftigt, schreibt, daß Frankreich den Vertrag mit Rußland nur abschließen werde, wenn, abgesehen von den parallel laufenden Wirtschaftsverhandlungen, auch Polen und Rumänien einen direkten Vertrag mit russischer Seite geschlossen sind, sei es durch einen direkten Vertrag, sei es durch ein Abkommen zu Dreien. Alle Forderungen der russischen Regierung würden an dieser Tat-

Die franko-russischen Verhandlungen

Die Folgen für Deutschland

In Paris wird zwischen russischen und französischen Unterhändlern seit längerer Zeit über einen französisch-russischen Pakt verhandelt.

Die Verhandlungen haben insoweit zu einer vorläufigen Verständigung geführt, als der Abschluß eines Nichtangriffspakts formuliert worden ist, der beide Teile zur Neutralität im Falle des Angriffs durch den Dritten verpflichtet. Ferner haben sich beide Teile verpflichtet, von wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen abzusehen. Die Verhandlungen über einen wirtschaftlichen Modus vivendi gehen weiter. Die Russen wollen auf Kredit in Frankreich kaufen, aber gegen Bar verkaufen. Von den Vorentscheidungen wollen sie möglichst überhaupt nicht sprechen.

Es ist nicht ganz klar, ob die Unterzeichnung unter den Nichtangriffspakt von Frankreich davon abhängig gemacht wird, daß zugleich ein Wirtschaftsabkommen zustande kommt. Es ist aber bekannt, daß Frankreich als Voraussetzung für den vorgeschlagenen Abschluß der Vorkriegsverhandlungen das vorherige Zustandekommen eines Schlichtungsabkommens betrachtet. Es ist dabei durchaus möglich, daß Frankreich den Völkerbund oder ein anderes internationales Instrument einzuschalten beabsichtigt, um Rußland auf diese Weise in die Organisation des Völkerbundes einzuschließen. Aber unwahrscheinlich ist, daß Sowjetrußland darauf eingeht. Es kann deshalb sehr lange dauern, bis die russisch-französischen Verhandlungen endgültig abgeschlossen werden.

Mit dieser Feststellung ist das Interesse Deutschlands an den Pariser Verhandlungen nicht erschöpft. Es hat in Frankreich immer Freie und hauptsächlich solche um Briand gegeben, die einen Ausgleich mit Sowjetrußland angestrebt

haben, aber bisher nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Jetzt aber stehen wir vor einem politischen Arrangement, das den Franzosen fast gar nichts bringt, den Bolschewisten dagegen eine starke moralische Stärkung ihrer Stellung in der internationalen Welt und die Sicherung vor einem polnischen Angriff.

Wo aber liegt dann der Preis, den Frankreich jetzt an Rußland für einen französisch-russischen Pakt zu zahlen im Begriff steht, begründet? Es ist durchaus möglich, daß Frankreich die deutsch-russischen Beziehungen für intimer hält, als sie in Wirklichkeit sind und durch sein aktives Eingreifen in der Ostpolitik der deutschen Außenpolitik zur ungestörten Durchführung seiner Ziele in der Weltpolitik einen Rückhalt nehmen will, der überhaupt nicht existiert. Die andere Version betrifft Polen. Die polnische Regierung hat in den letzten Tagen versucht, sich in die Vorkriegsverhandlungen einzuschalten. Der Zeitpunkt ist sicher im Einklang mit Paris gewählt. Ob Frankreich die Russen dadurch zwingen will, den Nichtangriffspakt zu Dreien, also zugleich mit seinem polnischen Verbündeten, abzuschließen, ist noch nicht ganz klar. Aber wenn man auf französischer Seite diese Absicht hat, dann würde ein derartiges Abkommen vom deutschen Standpunkt aus ein ganz anderes Gesicht bekommen als ein Pakt zu Zweien zwischen Frankreich und Rußland.

Deutschland hat immer betont, daß es eine Revision seiner Ostgrenzen nur mit friedlichen Mitteln anstrebt. Der Pakt zu Dreien würde bedeuten, daß Frankreich ebenso mit friedlichen Mitteln unter Einwirkung seiner gegenwärtigen Nachbarn die Voraussetzungen für